



PROFIL

Informationen für die Mitarbeiter
der Maxhütte Unterwellenborn GmbH

Jahrgang 2 - Nummer 6

31. Juli 1992

Die Feuer sind erloschen

Am 10. Juli 1992 wurde die Produktion der Vorstufen der Maxhütte eingestellt

Der Termin war seit langem bekannt, doch als es dann wirklich soweit war, konnten und wollten es viele doch nicht so recht glauben: Die Feuer im Hochofen, in den Konvertern und an der Blockstraße sollten für immer verlöschen! Die Ereignisse jenes 10. Juli 1992 in der Maxhütte Unterwellenborn schufen jedoch Realitäten, an denen weder Hoffnungen noch Wünsche vorbeikommen. Vielleicht aber, und hier keimt neues Hoffen, war dieser Tag des Endes zugleich auch der Tag neuen Beginnens...

Es erschien wie eine Ironie des Schicksals, daß es gerade der Hochofen II war, der am 10. Juli um 8.00 Uhr zum letzten Mal abgestochen wurde, denn er wurde, als Symbol der Hoffnung nach den Zerstörungen der letzten Kriegstage am 4. Februar 1946 wieder angeblasen. In der Thüringer Volkszeitung schrieben die Maxhüttenkumpel dazu: "Die Schornsteine der Maxhütte rauchen wieder. Der erste Hochofen brennt und bald wird der erste Abstich das langentbehrte Eisen geben. Unsere Hütte lebt wieder. Wir haben wieder Arbeit und Brot und wir können helfen, das neue Deutschland aufzubauen..."

So war es denn auch nur zu verständlich, daß an diesem Tage viele gekommen waren, um Abschied zu nehmen: Die Geschäftsführung, vertreten durch die Herren Anton Gschwendtner und Dr. Wilfried Peper, der Betriebsrat vor allem aber jene, denen Hochofen, Stahlwerk und Blockstraße in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Arbeitsplatz war; darüberhinaus ein großes Presseaufgebot und auch manch Schaulustige.

Mit dem Verweis auf die fast 120-jährige Tradition der Roheisenerzeugung eröffnete **Dr. Klaus Scheidig**,



dem die sicher nicht einfache Aufgabe angetragen worden war, die "Grabreden" zu halten, seine Ansprache an die Versammelten.

Er erinnerte an die großen Leistungen der Hochöfner in den vergangenen 40 Jahren, an die beispielhaften wissenschaftlichen Erfolge der 60er und 70er Jahre, wo beginnend mit dem Öleinblasen und dem darauffolgenden KOSTE-Verfahren Maßstäbe gesetzt wurden, die heute internationaler Standard sind. Auch in den zwei Jahren nach der Wende konnte am Hochofen durch die Umstellung von Thomas auf Stahlroheisen eine Kostensenkung erreicht werden.

Aber trotz dieser guten Leistungen besonders der letzten zwei Jahre, so Dr. Scheidig, war es nicht möglich, wettbewerbsfähig zu produzieren, da mit dem veralteten Blockguß und Verwalzen dieser 4-Tonnen-Blöcke ein Ausbringensverlust von 10 bis 12 Prozent auf den Gesamtkosten lastete. "Eine Produktion, die kaputt ist, kann nicht mehr kaputt gemacht werden".

sagte Dr. Scheidig im Hinblick auf Diskussionen der vergangenen Monate. "Das sind sicher harte Tatsachen, aber mit dieser Realität müssen wir leben". Mit der neuen "Stahlwerk Thüringen GmbH" und der geplanten Errichtung eines E-Stahlwerkes sei aber der Stahlstandort Unterwellenborn gesichert und es gibt berechtigte Hoffnung, daß sich in absehbarer Frist auch weitere neue Unternehmen auf dem Maxhüttengelände ansiedeln werden. (Auf einer Pressekonferenz am Abend zuvor hatte der Geschäftsführer der "Stahlwerk Thüringen GmbH", Dr. Henrior, bezugnehmend auf eine aktuelle Zeitungsmeldung, ausgeführt, man könne davon ausgehen, daß für das neue E-Stahlwerk auch einen wirtschaftlichen Strompreis in den Verhandlungen mit den Energieanbietern erzielen werde.)

Der Bereichsleiter Hochofen, **Wolf Beck**, der 1954 als Lehrling an diesem Hochofen II begonnen hatte, bedankte

sich bei allen Kollagen des Bereiches für ihre Arbeit in guten wie in schlechten Zeiten und gab dann das Signal zum letzten Abstich. Als das Eisen dann funksprühend aus dem Abstich rann und über die Rinne in die Pflanze floß, sahen manche der Besucher dieses beeindruckende Bild zum ersten Mal - alle aber auch zum letzten Mal, denn der Abstich wurde nicht wieder verschlossen und der Ofen lief endgültig leer.

Um 8.45 Uhr dann die letzte symbolische Charge im Blasstahlwerk.

Auch hier erinnerte Dr. Scheidig an die Leistungen der vergangenen Jahre. Trotz kleinen Konvertervolumens und veralteter Technik konnte hier eine kostengünstige Stahlproduktion erzielt werden und mit über 30 Prozent Schrotteinsatz beim kombiniert blasenden Sauerstoffkonverter war man international gesehen sogar mit ganz vorn. Doch fehlende Investitionen der vergangenen 40 Jahre, vor allem in eine moderne Stranggießanlage, hatten alle technologischen Siege letztlich immer in Pyrrussiege umgewandelt und keine wirtschaftliche Grundlage gegeben.

Horst Heubach, Bereichsleiter Stahlwerk, sagte im Bezug auf das letzte symbolische Blasen eines Konverters: "Es wird vielen sicher erst in zwei oder drei Wochen bewußt werden, was heute an diesem 10. Juli hier geschehen ist. Es wird in den Erinnerungen so manch harte und schwere Schicht wieder aufleben, aber auch positive Erinnerungen wird es an unser Stahlwerk geben...Ich möchte mich für die hohen

Leistungen bedanken bei unseren Stahlbläsern, den Kollegen bei der Gießgrube und den Konvertermaurern sowie der Forschung, bei der Geschäftsführung und beim Betriebsrat." Dann rief er den Stahlbläser **Rainer Holzhaus** auf, den symbolisch letzten Konverter aufzufahren. Der Kran füllte flüssiges Roheisen in den Konverter III und dieser fuhr fauchend und funksprühend auf, um das Eisen in Stahl umzuwandeln. Mit dem Ende der Frühschicht war dann das letzte Roheisen im Stahlwerk verblasen und der letzte Block mit der Nummer 75622 in der Gießgrube vergossen.

Die letzten Reden wurden dann um 9.30 Uhr unmittelbar zwischen Tieföfen und Blockwalze gehalten. Den Ausbringungsverlust von 10 bis 12 Prozent verdeutlichte Dr. Scheidig hier damit, daß praktisch jede zehnte Charge im Stahlwerk umsonst verblasen wurde. Bei einem so material- und kostenintensiven Prozeß wie der Stahlerzeugung auf die Dauer nicht mehr durchführbar! Die Zukunft für das E-Stahlwerk liege, so Dr. Scheidig weiter, in den großen Mengen Schrott, die im Umkreis von 100 km anfallen. Damit habe die "Stahlwerk Thüringen GmbH" eine solide wirtschaftliche Basis für den E-Ofen.

Betriebsratsvorsitzender **Manfred Heese**, der schon zuvor im Stahlwerk gesprochen hatte, führte aus, daß sich der Betriebsrat der Zustimmung zur Schließung der Vorstufen nicht entziehen konnte. "Unsere Bedingungen waren, daß erstens unser Sozialplan verbessert wurde, was den Betroffenen unmittelbar zugute kommt und daß zweitens der Stahlstandort Unterwellenborn erhalten bleibt." Er forderte, daß das "Stahlwerk Thüringen" nicht das einzige neue Unternehmen bleiben könne und rief Treuhand, Landesregierung und Geschäftsführung dazu auf, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um neue Unternehmen hier anzusiedeln. Auch der Betriebsrat werde dazu seinen Beitrag leisten. "Es geht vor allem darum, für unsere Jugend in der Region Arbeitsplätze zu schaffen, damit diese nicht zu Pendlern in die alten Bundesländer werden müssen... In diesem Sinne möchte ich sagen: Ein bißchen Hoffnung ist auch noch in Unterwellenborn!"

Burckhard Klinghammer, Abteilungsleiter der 1100er Straße, sprach in sehr persönlichen Worten das aus, was viele dachten: "Es ist für mich unvorstellbar. 1963 habe ich hier an der Blockstraße meine Lehre begonnen und heute rufe ich den letzten

Block ab!"

Er erinnerte daran, daß man an der Straße immerhin Schichtleistungen von 260 Block, das sind über 1000 Tonnen, erreicht hatte und bedankte sich mit einem "herzlichen Glück Auf" bei allen Walzwerkern für ihre jahrelange gute Arbeit.

Und dann holte der Tiefofenkran auch den (symbolisch) letzten Block und legte ihn auf den Rollgang vor die Blockwalze...

Seitdem ist es stiller geworden in der Hochofenhalle, auf der Konverterbühne, in der Gießgrube und den Walzwerkhallen. Überall wird aufgeräumt, werden Schutt- und Schrottberge beseitigt und man hört allenthalben das Zischen der Schweißbrenner, die die alten Anlagen Stück für Stück zerlegen. Der Hochofen I steht schon seit Wochen nicht mehr und auch um Ofen III ist es bald geschehen. Wer die alten Walzwerkhallen (Halle 10 u.s.w.) kannte, hat heute Mühe, sie wiederzuerkennen.

Was wird aus der Maxhütte Unterwellenborn ?

Sie wird weiterbestehen - als Restgesellschaft mit zunächst einmal rund 300 Mitarbeitern, die vor allem die Aufgabe haben, zusammen mit den ABM-Kräften Abrisse zu tätigen und Flächen zu sanieren. Damit sollen die Grundlagen für Neuanstellungen geschaffen werden. Die "Stahlwerk Thüringen GmbH" wird bis zur Produktionsaufnahme des neuen E-Stahlwerkes das Vormaterial von anderen Stahlwerken, vor allem aus Brandenburg und Hennigsdorf, beziehen.

Es ist nicht das erste Mal, daß in der Maxhütte Unterwellenborn die Öfen stillstehen. Von 1931 bis 1934 ruhte die Produktion unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise (nur das Walzwerk produzierte mit Vorblöcken aus Sulzbach-Rosenberg) und von April 1945 bis Februar 1946 infolge der Kriegszerstörungen. Aber es ging immer wieder weiter! Noch kann keiner sagen, wie es auf dem Gelände der Maxhütte in drei oder vier Jahren aussieht. Es gibt Hoffnungen, es gibt Projekte - darunter das Projekt eines Recyclingzentrums mit einem Kupolofen. Es werden vielleicht neue, nur teilweise miteinander verbundene Unternehmen sein, und noch kennen wir ihre Namen nicht. Aber das Gelände zwischen Ostkopf und Schlackenberg, zwischen Kamsdorf und der B 281 in Unterwellenborn wird in der Region immer nur einen Namen haben:

Maxhütte Unterwellenborn!



Interview mit Dr. Romain Henrion, Geschäftsführer der "Stahlwerk Thüringen" GmbH



Dr. Romain Henrion, hier bei einem ADN-Interview am 17.3.1992, ist Geschäftsführer der "Stahlwerk Thüringen GmbH"

Mit dem Datum 1. Juli 1992 ist die Kombinierte Formstahlstraße der Maxhütte Unterwellenborn GmbH in den Besitz der ARBED-Gruppe übergegangen. Geschäftsführer des neuen Unternehmens "Stahlwerk Thüringen GmbH" ist Dr. Romain Henrion (45). Nachdem Dr. Henrion bereits auf der Betriebsversammlung am 25. Juni, sich und das Konzept des neuen Unternehmens vorgestellt hatte, erhielt "PROFIL" einen Tag nach der Übernahme der KFS Gelegenheit zu einem ausführlichen Interview.

PROFIL: Welche Gründe gab es für ARBED, hierher nach Thüringen, nach Unterwellenborn zu kommen?

Dr. Henrion: Es gab für uns vielfältige Gründe hierher zu kommen, aber im wesentlichen sind es drei Hauptpunkte. Erstens gehört die Kombinierte Formstahlstraße nach wie vor zu den modernsten Walzwerkanlagen, die in Europa gebaut worden sind. Mit dieser Anlage ist es möglich, sehr kostengünstig kleinere Profilverbindungen, wie sie ja hier gewalzt werden, herzustellen. Der zweite Punkt, der ARBED bewegen hat, sich hier zu engagieren, ist, daß diese Profilverbindungen sehr gut in die Gesamtprofilreihe der ARBED-Grup-

pe und ihrer Verkaufsgesellschaft, der "EUROPROFIL", hineinpaßt. Wir betreiben im Profilibereich eine Reihe von Walzstraßen, sowohl im schweren, als auch im mittleren und kleinen Profilibereich. Aber alle diese Straßen liegen eigentlich sehr weit westlich von Unterwellenborn. Und damit komme ich zum dritten Punkt - der geographischen Optimierung des Vertriebes unserer Produkte. Mit der Straße in Unterwellenborn, so sieht es unser Konzept vor, können wir die Bundesrepublik beliefern und natürlich auch die Länder, die östlich von der Bundesrepublik liegen. Aber auch die, die nördlich oder südlich gelegenen wie Österreich, die Schweiz und Italien sowie die anderen EFTA-Länder. Mit unseren anderen Straßen im westen beliefern wir den auch geographisch gesehen westlichsten Teil der Bundesrepublik, der nahe bei Luxemburg liegt, sowie Frankreich, Spanien und Portugal.

PROFIL: Bei der gegenwärtigen Lage auf dem Stahlmarkt war die Entscheidung, die KFS zu kaufen und hier zu investieren sicherlich nicht einfach?

Dr. Henrion: Das ist richtig! Die Lage auf dem Stahlmarkt ist extrem schwie-

rig, denn erstens sind die Produktionsmengen, die augenblicklich auf dem Markt gefragt sind, sehr niedrig. Was jedoch zweitens noch gravierender ist, ist der Preis, der für die Produkte geboten wird - wir haben mit einem sehr starken Preisverfall zu kämpfen. Aber in diesem Bereich sind wir mit der Straße in Unterwellenborn gut gelegen, weil wir günstige Werkstoffkosten haben. Das heißt, wir können auch bei sehr tiefen Preisen auf dem Markt noch mithalten. Und obwohl wir mit Unterwellenborn in einem gewissen Sinne neu auf dem Markt sind, war es uns möglich, vom Juli an bis September mit einem relativ anspruchsvollen Programm zu beginnen.

PROFIL: Welche Investitionen sind nun für das "Stahlwerk Thüringen" in der Zukunft vorgesehen?

Dr. Henrion: Unsere Investitionen beziehen sich auf zwei Themenkreise: Wir werden zunächst kurzfristige Investitionen vornehmen, um bestimmte Schwachpunkte im Betrieb der Kombinierten Formstahlstraße auszumergen. Das betrifft zum einen das gesamte Computersystem, das den Anforderungen nicht mehr genügt und wo wir bis Ende 1993 ein völlig neues Produktionsplanungssystem (PPS) zu installieren. Den anderen Schwachpunkt der KFS bilden die Walzgerüste selbst. Diese haben in den vergangenen Jahren doch sehr gelitten, da es aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, die Originalersatzteile zu beschaffen. Das hat dazu geführt, daß die Gerüste überholungsbedürftig sind. Wir haben deshalb Kontakt zum Erbauer der Straße, der Firma SMS, aufgenommen und wir werden in Kürze mit einer Delegation von SMS diese gesamte Problematik durchsprechen, um die Gerüste schnellstens wieder in den Neuzustand zu versetzen. Es ist zwar schwierig, das Investitionsvolumen gegenwärtig genau abzuschätzen, aber wir rechnen mit 20 bis 30 Millionen DM oder sogar noch etwas mehr, aber diese Investitionen sollen bis Ende nächsten Jahres getätigt werden.

Die zweite große Investition ist mittelfristig der Bau des neuen Stahlwerkes. Hier ist eine Größenordnung von 250 Millionen DM vorgesehen. Wir sind

gegenwärtig dabei, die Planung für diese Projekt durchzuführen und wir hoffen, daß die gesamte Anlage bis Mitte 1995 in Betrieb gehen kann. Dieser Zeitrahmen ist derzeit natürlich noch mit Unsicherheiten behaftet, weil zwischen Planung und Baubeginn noch das Genehmigungsverfahren liegt und die Dauer dieses Verfahrens gegenwärtig noch nicht abzuschätzen ist. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Zeitraum so kurz wie möglich gehalten wird, denn letztlich ist die Genehmigung für den Bau auch eine politische Entscheidung hinsichtlich der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der gesamten Region.

Wir wollen hier ein hochmodernes Elektrostahlwerk mit einer nachgeschalteten Stranggußanlage bauen. Hauptenergieträger ist Elektrizität und hier befinden wir uns momentan noch in einer sehr kritischen Situation in Anbetracht der unverhältnismäßig hohen Strompreise. Der Strompreis hat wesentlichen Einfluß auf die Gesteigungskosten des Produktes und wenn wir die Strompreise mit denen anderer Energieanbieter für Elektrostahlwerke in Westeuropa vergleichen, müssen wir feststellen, daß sie hier extrem hoch sind. Wir können selbstverständlich nicht erwarten, daß die Preise für uns in Deutschland so niedrig sind wie der niedrigste Preis in Europa, aber sie sollten wenigstens denen anderer E-Stahlwerke in etwa angeglichen werden. Hier besteht noch Handlungsbedarf auch für die Landespolitiker und wir haben doch berechtigte Hoffnungen, zu einem vernünftigen Preis zu kommen.

PROFIL: Welche technischen Hauptmerkmale wird das neue Stahlwerk haben? Wird es einen Ofen geben oder mehrere, welche Vorblöcke wird die Stranggußanlage herstellen?

Dr. Henrion: Es ist vorgesehen, einen Elektroofen zu bauen, aber dieser wird voraussichtlich zwei Schmelzgefäße besitzen. Während in dem einen Gefäß der Schmelzprozeß in Gang ist, wird das zweite Gefäß chargiert. Dann werden die Elektroden von dem ersten über das zweite Gefäß geschwenkt und wir können so Stillstandszeiten vermeiden.

Die nachgeschaltete Stranggußanlage soll uns einen Vorblock liefern, der bereits der Form des späteren Profils nahekommt, ähnlich dem aus den USA bekannten "nearnet shape"-Verfahren. Wir werden hierbei nur wenig Vorprofilsorten brauchen, höchstwahrscheinlich nur zwei.

PROFIL: In einem älteren Entwicklungskonzept für die KFS war einmal die Rede von einer möglichen Schienenproduktion...

Dr. Henrion: Wir sind zwar dabei, auch das noch einmal zu studieren, aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, daß dieses Schienenkonzept nicht sehr gut in das Gesamtkonzept der ARBED-Gruppe paßt. Wir haben ja bereits in Luxemburg und in Frankreich zwei sehr gute Schienenwalzstraßen mit den entsprechenden Adjustagen, und so ist es relativ unwahrscheinlich, daß wir auch hier noch einmal in ein solches drittes Standbein investieren werden.

PROFIL: Bereits im Vorfeld der Übernahme der KFS und auch jetzt noch tauchen immer wieder sehr pessimistische Stimmen auf, die meinen, ARBED könnte auch sehr schnell vom Bau des neuen Stahlwerkes wieder abgehen und das Walzwerk lediglich als Re-Roller betreiben.

Dr. Henrion: Diese Befürchtungen sind grundlos, denn als Re-Roller wären wir hier auf die lange Sicht nicht überlebensfähig. Es ist deshalb notwendig, das neue Stahlwerk zu bauen, um zu kostengünstigem Vormaterial zu kommen. Auf kürzere Sicht können wir zwar preisgünstig Vormaterial einkaufen, aber es gibt keine Sicherheit, daß dies auch noch zum Ende der neunziger Jahre der Fall ist. Und um diese Unsicherheit zu umgehen, ist es wirklich notwendig, daß wir unser eigenes Stahlwerk errichten. Wir werden bauen, aber es gibt natürlich zwei Bedingungen! Ich nannte schon die erste als ich von den auskömmlichen Strompreisen sprach. Der Preis muß wirtschaftlich sein und ich gehe davon aus, daß die Vernunft siegen wird und wir letztlich zu einem solchen fairen Preis kommen werden. Die zweite Bedingung ist selbstverständlich, daß wir die Genehmigungen zum Bau bekommen. Das neue Stahlwerk soll den modernsten Technologien entsprechen und auch die Umweltauflagen, die uns sicher teuer zu stehen kommen werden, wollen wir auf jeden Fall erfüllen. Um es noch einmal zusammenfassend zu sagen: Ich gehe davon aus, daß diese Bedingungen erfüllt werden.

PROFIL: Stichwort: Vormaterial zu kostengünstigen Preisen. Wie beurteilen Sie das Vorhaben, in einem Kupolofen Schrott zu schmelzen und das Roheisen als Flüssigeinsatz dem Elektroofen zuzuführen?

Dr. Henrion: Wenn das Roheisen zur Verfügung steht und es uns zu einem wirtschaftlichen Preis angeboten wird, werden wir dieses Roheisen einsetzen. Wir werden unser Stahlwerk auf jeden Fall so konzipieren, daß wir auch ohne Flüssigeinsatz wirtschaftlich arbeiten können und uns trotzdem diese Option offenhalten.

PROFIL: Die ARBED kommt mit dem "Stahlwerk Thüringen" ja nicht als Besucher nach Unterwellenborn, sondern sie macht sich hier heimisch. Unter welchen sozialen Aspekten ist dieses Engagement zu sehen?

Dr. Henrion: Wir sind mit der ehrlichen Absicht hierhergekommen, Partner der Region zu werden. Wir bringen uns in die Region ein, indem wir zunächst einmal eine ganz erhebliche Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen. Und im Gefolge eines solch großen Unternehmens, das beweisen auch die anderswo gemachten Erfahrungen, werden sich noch viele andere Unternehmen ansiedeln.

Diese Arbeitsplätze sind aus unserer Sicht auch sichere Arbeitsplätze. ARBED hat ja auch die Reputation, daß soziale Probleme auf eine einvernehmliche Art und Weise gelöst werden. Wir haben auch in Problemfällen nicht die Absicht, unsere Mitarbeiter aus wirtschaftlichen Gründen auf die Straße zu setzen. Wenn wirtschaftliche Probleme auf uns zukommen, was grundsätzlich in der Marktwirtschaft nie auszuschließen ist, werden wir eher zu Kurzarbeit übergehen, als sofort zu entlassen. Wir passen uns den monatlichen oder halbjährlichen Schwankungen nicht dadurch an, daß wir Mitarbeiter entlassen, sondern suchen nach anderen Regulativen. Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen können nur das allerletzte Mittel sein.

Ich möchte es abschließend so ausdrücken: Unsere Mitarbeiter können mit sehr viel Ruhe und Zuversicht in die Zukunft schauen und brauchen keine Angst um ihren Arbeitsplatz zu haben! Wir haben hier eine sehr moderne Anlage erworben und gute, qualifizierte Mitarbeiter übernommen. Ich denke, damit können wir auch schwierige Marktsituationen überwinden. Ich bin in dieser Hinsicht sehr optimistisch.

PROFIL: Ich möchte mich bei Ihnen, Dr. Henrion, auch im Namen unserer Leser sehr herzlich für dieses Interview bedanken und der "Stahlwerk Thüringen GmbH" sowie auch Ihnen persönlich viel Erfolg in der Zukunft wünschen.

Bilder eines langen Weges

Ein Rückblick auf die Vertrauenskörperschafts- und Betriebsratsarbeit von 1989 bis 1992

Das Anliegen lautete: "Schreib einen Artikel für die letzte Ausgabe der "Hüttenzeitung" und zwar über den Betriebsrat und die Gewerkschaft". Meine Zustimmung gab ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Einerseits ist es eine Aufgabe, die immer ein bisschen mit Erfolgsmeldungen zu tun hat und die sich mit einem Schamgefühl so schwer schreiben lassen. Andererseits besteht die Möglichkeit seinen Kollegen zu danken und Dinge aus der Vergangenheit, die damals für uns alle mehr oder minder unklar waren in Erinnerung zu rufen. Damit ist auch schon angezeigt, daß ich mir einen Überblick der letzten zweieinhalb Jahre aus meiner Sicht erlaube.

Das Wende-Quartal 1989

Jahresendquartale hatten in der DDR einen besonderen Charakter. Die Planerfüllung, die der Jahresendprämie zuliebe - Gottseidank! - immer zustande kam, der gehörig gefeierte Geburtstag am 7. Oktober, die vorfestlichen Freuden mit allen "Erfolgserlebnissen", positive wie negative, bei der Festtagsversorgung. Das IV. Quartal 1989 änderte diesen Ablauf. Es war wichtiger geworden, einmal in der Woche auf den Marktplatz zu gehen und später nach den "Westen" zu fahren, seine hundert DM und die der Großmutter abzuholen und die neuen Eindrücke einer beginnenden Wiedervereinigung dankbar und neugierig aufzunehmen. Sensationell war jeder Tag mit seinen Neuigkeiten abgelaufen. Aber nicht nur freudige Erwartungen wurden erfüllt, es kamen Zweifel auf, an der Rechtschaffenheit des langjährigen Kollegen, befreundeten Nachbarn oder Vorgesetzten. Schnell, wie immer in einem Land der Kürzel-Erfindungen, fand man ausdrucksvolle Bezeichnungen für die Anpasser, die schon immer wußten, was wird und doch so wenig dabei halfen dieses "wird" zu erklären und danach zu leben. Eine Bezeichnung, die nichts an Aktualität und an Ausdruckskraft bis heute verloren hat, ist der "Wendehals". Eine weitere, aber bei weitem bedeutungsvollere, dafür allerdings kurzlebige Neuschöpfung dieser Zeit, war der "Runde Tisch". Viele hören ich heute dazu sagen, es wäre der Anfang des ganzen Übels, mit dem wir uns heute herumärgern.

Für mich war damals der "Runde Tisch" ein Hoffnungsträger für die Zukunft, die Möglichkeit, miteinander zu sprechen, einen freien und gerechten Staat aufzubauen. Wie war ich doch nach den ersten Sitzungen des "Runden Tisches" enttäuscht, in der Hauptsache über die personelle Zusammensetzung, die meine Hoffnung auf eine ehrliche Erneuerung und einer wirklichen Wende auf ein Minimum herunter drückte. Die neue Demokratie in unserem Betrieb, von der ich als erstes den Beschluß der Vertrauensfrage aller Leiter, vom Brigadier an aufwärts, an ihre Belegschaft erwartete, war nur ein Nebenpunkt auf der Tagesordnung und blieb aus, dafür wurde in einer der ersten Sitzungen der Beschluß gefaßt, sämtliche Akten, Nomenklaturkader betreffend, zu vernichten. Angeblich um Tätlichkeiten, Übergriffen und Erpressungen vorzubeugen. Heute stehe ich vor der Frage, wem dieser Beschluß des "Runden Tisches" tatsächlich genutzt hat. Ich habe damals Kollegen kennengelernt, die den Willen hatten alles oder vielleicht nur etwas zu ändern. Ein Kollege, der resignierte, weil sich so wenig tat, nannte mir beim Abschied die Gründe seiner Aufgabe: "Es wird alles gesteuert, auch das, was du glaubst, daß es Demokratie wäre. Wenn doch nur die Menschen ringsum an ihrem Schicksal interessiert und nicht so furchtbar politisch teilnahmslos wären". Wie hat sich doch das Bild in dieser Beziehung zu damals nicht gewandelt!

Die neuen Vertrauensleute-Vollversammlungen

Gewerkschaftlich tat sich doch einiges in unserem Betrieb. Tatsächlich! Der BGLer mußte wegen angeblicher in Anspruch genommener Privilegien und "anderer" Dinge gehen, dafür wurde sein Stellvertreter BGLer. Am 11. Januar 1992 war Vertrauensleutevollversammlung. Es ging um allgemeine Dinge. Nach einer zehnjährigen Abstinenz als Vertrauensmann war ich zum erstenmal wieder dabei, als Neugewählter. Wie weit wir damals in der Gewerkschaft mit der Wende waren, läßt sich an der Behandlung zweier Diskussionsbeiträge erklären: Ein Beitrag behandelte den Antrag zum Streik-

recht. Während des Beitrages erhob sich ein derartiger Tumult in der Versammlung mit "Aufhören"-Rufen, so, daß erst nach einer Abstimmung der Beitrag weiter fortgesetzt werden durfte, mit der Zeiteinschränkung von 1 (einer!) Minute. Streik, ein Ausdruck der proletarischen Demokratie, war in vielen Köpfen noch ein Tabu. Der andere Diskussionsbeitrag befaßte sich mit der Frage: Betriebsrat: ja oder nein? Es gab einige Meinungen von Vertrauensleuten, der BGLer vorneweg, die es ganz genau wußten, nämlich, daß der Betriebsrat so etwa das Schlimmste wäre, was unserem Betrieb passieren könnte.

Das war die Basis in dieser Zeit für eine Betriebsdemokratie.

Der Versuch

Vier Monate später. Der BGLer: "Wir machen keine neuen Gewerkschaftswahlen. Das Wichtigste ist die Wahl eines Betriebsrats". Auf den Hinweis, daß wir keine Betriebsverfassung haben, kam die Antwort, daß bereits eine in Arbeit wäre. Die sah in Fragmenten so aus, daß die Wahlkommission die Wahlordnung auszuarbeiten hatte, nach der die Wahl durchgeführt wird und daß der BGL-Vorsitzende und seine zwei Stellvertreter automatisch Mitglieder des Betriebsrates sind, selbstverständlich ohne Wahl.

Der Antrag zur Bestätigung dieser "Betriebsverfassung" wurde den gruppenweise eingeladenen Vertrauensleuten vorgelegt. Vier Monate nach der niederschmetternden VVV im Kulturpalast, auf einmal ein ganz anderes Bild der Vertrauensleute. Die einhellige Meinung der Vertrauensleute: Wir bringen zunächst unsere Gewerkschaft in Ordnung und unterstützen gleichzeitig die Betriebsratswahlen, auch wenn sie nicht den Normen einer für uns noch nicht gültigen Betriebsverfassung entspricht. Der beabsichtigten groben Beugung von allem, was entfernt mit Demokratie zu tun hatte, konnten wir nur mit der Abschaffung der BGL und der Neuwahl einer Vertrauenskörperschaft - auch etwas Neues - begegnen. So kam es zur fast gleichzeitigen Wahl zweier demokratischer Gremien in unserem Betrieb.

Demokratie lernen

Wir wollten keine grauen Mäuse sein.

Die Kollegen, die auf uns hoffen, wollten wir nicht enttäuschen. Daß alles schwer werden würde, davon waren wir überzeugt. Es galt den Betriebsrat und die Vertrauenskörperschaft als eine Einheit darzustellen, die die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten hat. In meiner Antrittsrede als Vorsitzender der Vertrauenskörperschaft fand ich für die zukünftige Zusammenarbeit keinen anderen Vergleich, als das Beispiel der Siamesischen Zwillinge, die ihre Trennung mit dem Tode bezahlen müssen. Heute gilt dies unverändert. Es war manchmal schwer, den einen oder anderen Kollegen von einer Sache zu überzeugen, die heute als richtig angesehen wird. Die Notwendigkeit, einen Kollegen um ein gesundes Mißtrauen zu bitten, ist auch heute für viele verständlich. Am Anfang muß der Wille zur kritischen Zusammenarbeit stehen. Später hat man Zeit, sich das Vertrauen der Kollegen durch Taten zu erwerben.

Unsere Altlasten

Sollte ich darüber überhaupt noch ein Wort verlieren. Ich denke, ich muß! Heute habe ich machmal den Wunsch, daß ganz plötzlich, über Nacht die DDR, mit Partei, Stasi, sozialistischen Leitern und allem anderen Pipapo, wieder da ist, Nicht, weil ich glaube, daß es mir dann besser ginge. Nein, nur um zu erleben, wie sich manche Neukapitalisten und -marktwirtschaftler aufs neue drehen. Sehr viel in unserer damaligen und heutigen Welt ließe sich einfacher regeln, wenn sich der eine oder andere am Begriff des persönlichen Anstandes orientieren würde. Mit den Umschreibungen und seinen Auswirkungen, wie, Deckmäntelchen, Wendehals, Seilschaften, alte und neue, werden wir uns wohl noch lange beschäftigen müssen. Eine kluge Ausrede diesbezüglich nennt die Zeit, die nicht vergißt und sich um alles kümmern wird. In der Zeit ab Juli 1990 bis heute hat sich die Zeit nicht darum gekümmert, aber der Kummer ist geblieben. Der Betriebsrat und die Vertrauenskörperschaft hat es nicht geschafft, dieses Problem zu lösen, dazu waren wir zu schwach oder auch nicht kompetent und die anderen anliegenden Aufgaben zu vielfältig und zu dringend.

Der 1. Warnstreik

Es ging um den ersten Tarifabschluß in der Tarifrunde der Eisen- und Stahlindustrie in der noch-DDR. Der Aufruf zum Warnstreik kam von der Arbeitnehmerseite der Tarifpartner.



Versammlung der Vertrauensleute im Auditorium des Kulturhauses

Der erste Streik nach 56 Jahren! Trotz Drohungen, auch von außen, haben wir den Warnstreik durchgeführt. Damals kamen einige Arbeiter auf mich zu und erklärten mir, daß sie Knüppel mitgebracht hätten, um einige Herren aus dem Betrieb zu jagen. Heute frage ich mich, was geschehen wäre, wenn es wirklich zu dieser Aktion gekommen wäre. Nach wie vor bin ich von der Kraft der gewaltlosen Aktion überzeugt, nur, es müssen auch wirklich vernünftige Aktionen erfolgen. Bei allem späteren Aufmucken vor dem Landtag und bei der Treuhand, fehlten uns die Leute. Damals habe ich die Welt nicht mehr verstanden. Wir haben doch um die Erhaltung der Arbeitsplätze und um die Erhaltung der Vorstufen gekämpft. Einige Kollegen waren dabei, die sind inzwischen längst entlassen. Die Kollegen, deren Arbeitsplatz tatsächlich gefährdet war, blieben solchen Demos fern. Aus Angst, Gleichgültigkeit oder Leichtsinn? Es genügt nicht, damit zu drohen, daß bei der nächsten Wahl ein anderer oder garnicht gewählt wird.

Die Pflicht

In den neuen Bundesländern zeigt sich die Tendenz, daß Neugründungen von Betrieben möglichst ohne Mitbestimmungsgremien, wie Betriebsrat und Gewerkschaften, angestrebt werden. Die neuen Geschäftsführer und Unternehmer möchten keinen Ärger in ihren Betrieben haben. Ob das der richtige Weg ist? Ich glaube nicht. Das politische Gleichgewicht ist die Grundbedingung der Demokratie. Das demokratische Gleichgewicht in der Wirtschaft ist die Mitbestimmung. Jedes

Extrem diesbezüglich kann katastrophale Folgen haben. Die sozialistische Wirtschaftsform war ein Extrem.

Die absolute Entscheidungsgewalt nur durch den Unternehmer ist das andere Extrem. Die Wirtschaftsführer in den alten Bundesländern leben schon lange mit der Mitbestimmung und sie leben ebenso, wie ihre Unternehmen, damit ganz gut.

Ausdruck einer guten Mitbestimmung in unserem Betrieb ist die Anerkennung des Betriebsrates durch die Arbeitnehmer und die Geschäftsführung. Seitens der Geschäftsführung war immer das Bestreben da, alle betrieblichen Probleme mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft zu lösen.

Unsere Pflichten als Betriebsrat sind ebenso wie die der Geschäftsführung an der Betriebsverfassung gebunden zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes.

Über die Notwendigkeit eines Betriebsrates in unserem Betrieb, ebenso wie in der Stahlwerk Thüringen GmbH, müssen sich die Belegschaften im klaren sein, denn es stehen wieder die nächsten Betriebsratswahlen an.

Die Gewerkschaft

Die Kraft unserer Gewerkschaftsarbeit ergab sich im Jahr 1990 aus der übernommenen Verpflichtung, eine Alternative zur bisherigen BGL zu schaffen. Die Vertrauenskörperschaft hatte zunächst aber die gewerkschaftlichen Aufgaben der ehemaligen BGL weiterzuführen. Die Kassierung, die Kurriebearbeitung und Krankengeldunterstützung, Rentnerbetreuung, das Sterbegeld usw. mußten ehrenamtlich weitergeführt werden. Der Betriebsrat,

die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung, später die Schwerbehindertenvertretung mußten neugewählt werden. Die zweimaligen Ummeldungen zur IG-Metall waren zu organisieren. Zum Jahresende des Jahres 1990 beendete die bisherige IG-Metall unter dem Dachverband des FDGB ihr Dasein. Alle Kolleginnen und Kollegen, die weiter Mitglied der Gewerkschaft sein wollten, meldeten sich bei der IG-Metall-„West“ an. Es endete damit auch eine Organisationsform im Betrieb, die uns als BGL hinlänglich bekannt war. Alle gewerkschaftlichen Leistungen wurden ab 1991 in der Verwaltungsstelle Saalfeld bearbeitet. Daß eine derartige Umfunktionierung erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen würde war uns klar. Ein Erlebnis von damals ist mir in deutlicher Erinnerung geblieben.

Es ging um die weitere Betreuung der Rentner durch die Gewerkschaft. Uns war bekannt, daß in der IG-Metall der alten Bundesländer eine Seniorenarbeit, wie sie bei uns bisher als Veteranenarbeit bekannt war, nicht durchgeführt wird. Wir hatten also vor, die Rentner so zu mobilisieren, daß eine weitere Betreuung der Rentner in der neuen IG-Metall gefordert und dort auch akzeptiert wird. Wir hatten die Rentner Vertrauensleute zu einem Gespräch eingeladen und sie auf eine entsprechende Hilfe angesprochen. Letztendlich wurde die Versammlung abgebrochen, weil die Rentner-Vertrauensleute zum größten Teil an einer weiteren Betreuung ihrer ehemaligen Kollegen nicht interessiert waren.

Vorwurfsvoll wurde mir, auf meinen Hinweis, daß es sich auch letztlich um eine kollegiale Tätigkeit mit karitativem Charakter für ehemaligen Arbeitskollegen handelt, geantwortet: „Der Sozialismus ist aus. Jetzt muß sich jeder um sich selber kümmern“. Ich war ebenso erschüttert wie einige wenige Rentner-Vertrauensleute, denen Tränen in den Augen standen, als sie das hörten. Sie ahnten wohl, was noch auf sie zukommt.

In die neue IG-Metall sind damals 98% aller ehemaligen Gewerkschafter eingetreten. Heute sind davon noch etwa 85% Gewerkschaftsmitglieder. Als dramatisch kann man es bezeichnen, wenn Arbeitslose aus der Gewerkschaft austreten. Wird dieser Arbeitslose vom Arbeitsamt neu vermittelt, dann ist der neue Arbeitgeber nicht, wie bei einem Gewerkschaftsmitglied, verpflichtet den Tariflohn zu zahlen. Er kann und darf ihn weit unterbezahlen. Verweigert dieser Kollege diese vom Arbeitsamt zugewiesene Stelle, dann wird ihn das Arbeitsamt mit einer Sperrfrist belegen und er erhält zeitweise keine Arbeitslosenunterstützung.

Die Möglichkeiten, sich durch einen gewerkschaftlichen Rechtssachverständigen bei Arbeitsrechts- oder Sozialrechtsstreitfällen beraten oder vertreten zu lassen, ist ebenfalls nicht gegeben. Die Isolation, in die ein Arbeitsloser gedrängt wird, verstärkt sich durch seinen unbedachten, vielleicht sogar emotionalen, Austritt aus der Gewerkschaft.

Viel Ärger hatten wir damals in der

neuen IG-Metall mit der Kassierung. Der Hinweis von uns, daß unsere Kassierung im Betrieb eine entsprechende Erwartungshaltung gegenüber der neuen Kassierungsart über Giro-Konten vermuten läßt, wurde vom damaligen 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle in Saalfeld nicht ernst genommen. Das Resultat war eine absolut unbefriedigende Kassierung und Mitgliederbetreuung durch die IG-Metall. Auch hier nahmen dies einige Kollegen zum Anlaß aus der Gewerkschaft auszutreten. Ich meine, zu ihrem eigenen Schaden. Wenn ein Kollege soetwas im Zorn beschließt, sollte er sich vor Augen halten, daß die Wende zum ersten Mal stattfindet.

Prototypen sind nur selten optimale Endlösungen!

Die Vertrauensleute

Wir waren immer froh, wenn ein neuer Vertrauensmann oder eine neue Vertrauensfrau zu uns kam. Diese Kollegin oder dieser Kollege hatte Mut und den Willen etwas mit verändern zu helfen. Verschiedene kamen nach einiger Zeit nicht mehr. Es gibt viele Gründe, weshalb die einen dabei bleiben und die anderen gehen. Da gibt es z.B. keinen Kündigungsschutz für Vertrauensleute. Oder, für einige Vertrauensleute war es nicht zu ertragen, daß sie sich an bestimmten Entscheidungen nicht direkt beteiligen durften. Ich glaube, daß jeder Vertrauensmann so engagiert ist, wie seine Kollegen hinter ihn stehen und Vertrauen zu ihm haben. Die Anforderungen an den Vertrauensmann ergeben sich aus den

13. November 1991 - 200 Gewerkschaftsmitglieder fordern vor dem Thüringer Landtag die Erhaltung des Stahlstandortes Unterwellenborn - am gleichen Nachmittag besuchen erstmals Vertreter des ARBED-Konzerns die Maxhütte Unterwellenborn GmbH



Problemen des Kollegenkreises. Wir Arbeitnehmer sollten nie vergessen: Eine einmal besessene Macht, und sei es die gewerkschaftliche, darf man nicht so einfach aus der Hand geben!

Der Betriebsrat

Ich will gar nicht erst versuchen, eine Liste dessen aufzuzählen, was der Betriebsrat in den zwei Jahren seiner Existenz geleistet hat. Die Vielzahl von Betriebsvereinbarungen, die manchmal hart erstritten werden mußten oder die politischen Aktionen, die zur Betriebsweiterführung notwendig waren. Ungezählt sind die täglichen Probleme der Arbeitnehmer, die gelöst wurden. Der Sozialplan, die paritätischen Auseinandersetzungen bei den Eingruppierungen usw., usw..

Wir sind keine Politiker, die jeden auch noch so popeligen Erfolg ewig begakern. Uns liegt daran, unseren Auftrag, den wir durch das Wahlvertrauen unserer Kollegen erhielten, im Sinne der Betriebsvereinbarung zu erfüllen. Probleme und Aufgaben wird es auch zukünftig genügend geben.

Hoffnungen und Enttäuschungen

Zu Zeiten der DDR war jedem Maxhüttenkumpel bekannt, daß unser Betrieb ein Zuschuß-, ein Subventionsbetrieb war. Die übermächtige Konkurrenz aus dem Westen, die ihre Produktion aufgrund der Rezession bereits zurückgeschraubt hatte, wäre nach der Wiedervereinigung gerne bereit gewesen, unsere Produktion mit zu übernehmen. Die erheblichen Produktionskosten und Altschulden wären der Treuhand Anlaß genug gewesen, den Betrieb so schnell wie möglich zu schließen. Wären da nicht ein hochmodernes Walzwerk und eine Sanierungskonzeption gewesen die den "Fliegenschiß" in Thüringen für Insider interessant gemacht hätten. Den Stahlstandort in Unterwellenborn zu erhalten hat der Betriebsrat und die Vertrauenskörperschaft immer vertreten und angestrebt. Uns war allerdings auch klar, daß keine Lösung mit der Weiterbeschäftigung aller Werk tätigen der Maxhütte zu finden war. Der notwendige Personalabbau sollte dann aber so sozial, wie irgend möglich erfolgen.

Die Betriebszusammenbrüche in den neuen Bundesländern hatten uns gewarnt. Dem fälligen Interessenausgleich für den anstehenden Personalabbau stimmten wir erst nach zähen Verhandlungen um den Sozialplan zu. Heute ist uns bewußt, daß wir eine BV 7/91, den Sozialplan, unter den heu-

tigen Bedingungen nicht mehr erkämpfen könnten!

Die gleichen Anstrengungen waren nochmals notwendig, als am Ende des Jahres 1991 das absolute Aus für die Maxhütte erfolgen sollte. Es bestand die Absicht, aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten, die Vorstufen zum Jahresende stillzulegen. Durch Verhandlungen mit der Treuhand, der Landesregierung und der Bundesregierung gelang es den Termin der Schließung auf den 31. März 1993 zu verschieben, allerdings mit einem enormen Personalabbau als Bedingung. Dieser Personalabbau sollte im März 1992 beginnen und im März 1993 beendet sein. Eine Verbesserung des bestehenden Sozialplans war nicht vorgesehen.

Inzwischen hatten sich die Verkaufsverhandlungen der Treuhand um Teile der Maxhütte, unter der Maßgabe, daß ein Elektrostahlwerk gebaut wird, konkretisiert. Das E-Stahlwerk entsprach unseren Forderungen, so, daß der Stahlstandort Unterwellenborn erhalten bleibt und die beste Voraussetzung für die Gründung eines gesunden und zukunftsreichen Unternehmens darstellt - eine Grundlage für die Neuan siedlung verschiedener Unternehmen. Eine Bedingung des Käufers bestand darin, so schnell wie möglich die notwendige Baufreiheit für das neue Stahlwerk und seine Nebeneinrichtungen zu schaffen. Dies ging jedoch nur mit einer beschleunigten Schließung der Vorstufen oder der Gefährdung des Stahlstandortes Unterwellenborn.

Unsere Forderungen konnten nur lauten: Die soziale Sicherstellung der vom Personalabbau betroffenen Kollegen durch einen Zusatz zum Sozialplan und die uneingeschränkte Wirksamkeit des alten Sozialplans, der vor allem den Kündigungsschutz für die älteren Kollegen beinhaltet. Diese sollten dann in einem Rest- bzw. Abwicklungsbetrieb tätig sein. Im Nachhinein muß man sagen, daß jeder Sozialplan mithilfe, Arbeitsplätze zu vernichten, vielleicht sogar für die Zukunft. Ein Sozialplan, mag er so gut sein, wie keiner, hilft nicht über die Verzweiflung eines Kollegen hinweg, der seine Arbeit verloren hat und vielleicht nie wieder eine findet. Wir standen aus den Forderungen der Treuhand heraus mit dem Gesicht zur Wand und hatten nicht viel Möglichkeiten. Die Möglichkeit zu kämpfen, alle zusammen, haben wir bei der Treuhand bis zuletzt ausgereizt. Denke ich aber zurück an unsere Demos vor dem Landtag und

der Treuhand und ziehe eine Bilanz aus der Beteiligung unserer Werk tätigen zu solchen Anlässen, gruselt mir heute noch bei dem Gedanken wir hätten uns regen müssen. Bevor wir den Interessenausgleich zur Schließung der Vorstufen zum 31. Juli 1992 unterschrieben haben, wollten wir die die Stimmung und Haltung der Hüttenkumpel in Erfahrung bringen. Hierzu luden wir zu einer Gewerkschafts-Vollversammlung im Kulturpalast ein. Von 2800 Werk tätigen, die eigentlich an ihrer Zukunft interessiert hätten sein müssen, waren 103 gekommen. Ein wahrhaft entmutigendes Ergebnis.

Schwarze Fahnen über der Hütte

Ich achte die Werk tätigen, die kein Hehl aus ihrem Zorn und ihre Trauer machen. Die schwarzen Fahnen sind der Ausdruck der Trauer und des Abschieds. Der Abschied fällt allen schwer, die keine Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz haben, die sich als die Betrogenen dieser Wende fühlen. Aus dem Zorn heraus fallen nicht nur Worte der Verzweiflung, es fallen auch Worte des bitteren Vorwurfs. Warum wurde nicht mehr gekämpft, um Dinge, die einem viel wert sind? Warum haben wir euch überhaupt gewählt? Ich kann jeden verstehen, der um die Erhaltung eines jeden Arbeitsplatzes mitgekämpft hat, ich werde die nie verstehen, die sich immer aus allem raushalten, früher, jetzt und zukünftig. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren.

Der Wunsch

Zum Schluß ist es Zeit sich etwas zu wünschen. Ich wünsche mir ein aufblühendes Unternehmen "Stahlwerk Thüringen GmbH" mit zunehmenden Arbeitnehmerzahlen, eine gute Infrastruktur im Direktbereich der Maxhütte und der umliegenden Region, vernünftige Politiker und eine arbeitsplatzschaffende Politik für alle, auch für die, die über 55 Jahre alt sind. Eine lebenswerte Umwelt und Heimat und das Glück für alle, die heute verzweifelt sind.

Allen Kollegen danken wir, der Betriebsrat und die Vertrauenskörperschaft, für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen Euch eine gute Gesundheit, Mut für die Zukunft und viel Glück bei der Erfüllung Eurer Wünsche.

Glück auf!

Diethard Fritzenwanker

Vorsitzender der Vertrauenskörperschaft der IG-Metall
Stellvtr. Betriebsratsvorsitzender

Werkswohnungen - wie geht es weiter ?

Mögliche Lösung : Genossenschaft !

Lange herrschte Unklarheit, was mit dem Bestand an Werkswohnungen geschehen sollte. Viele Befürchtungen gab es und noch mehr wilde Spekulationen. Nun ist eine Lösung in Sicht: Die Gründung einer Genossenschaft!
"PROFIL" erhielt vom Bereich Wohnungswirtschaft eine Mieterinformation, die in Kürze an alle Haushalte verschickt wird.

An alle Mieter der Werkswohnungen der Maxhütte Unterwellenborn GmbH

Sehr geehrte Mieter,

es ist vorgesehen, den Werkswohnungsbestand mit insgesamt 1650 Wohnungen, in denen Sie als Mieter wohnen, zu privatisieren.

Da die Wohnung für jeden Menschen einen Mittelpunkt seines Lebens darstellt, ist von der Treuhandanstalt ein Privatisierungsprogramm für Werkswohnungen entwickelt worden, das vorrangig die Entscheidungen der Mieter berücksichtigt. Neben der Möglichkeit, die eigene Wohnung zu kaufen, kommt als Alternative vor allem die **Gründung einer Wohnungsgenossenschaft** in Frage.

Die Beteiligung an einer Genossenschaft bietet sicheres Wohnen! Hauptziel einer Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder durch preiswerte und gute Wohnungen. Sollte für diese Möglichkeiten der Privatisierung kein Interesse bestehen, käme neben einem Verkauf an eine Kommune nur noch der Verkauf auf dem freien Markt in Betracht. Dabei ist der Einfluß der bisherigen Mieter auf die zukünftige Wohnungsverwaltung nicht mehr vorhersehbar.

Von der Geschäftsführung der Maxhütte sowie von Experten des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft wird z. Zt. die Form der Genossenschaftsgründung als Modell geprüft, da sie allen Mietern die Möglichkeit bietet, sich persönlich und finanziell zu beteiligen

Der Rahmen einer Genossenschaftslösung stellt sich wie folgt dar:

1. Mitbestimmung aller Mitglieder der Genossenschaft an der Wohn-



Werkswohnungen in Kleinkamsdorf - auch für diese Mieter wäre eine Genossenschaftslösung sicher interessant. Besser auf jeden Fall, als der Verkauf der Wohnungen auf dem freien Markt !

nungsverwaltung und Einfluß auf die Miethöhe, Gewinnverwendung, Modernisierung, Verkauf von Immobilienanteilen an interessierte Mieter bzw. Dritte usw. ...

2. Demokratisches Mitwirkungsrecht in der Genossenschaft und Wahlberechtigung bei der Besetzung der Gremien, z. B. des Aufsichtsrates
3. Wohnsicherheit durch Dauerwohnungsrecht der Wohnung
4. Beteiligung an der Wohnungsgenossenschaft durch eingebrachte Geschäftsanteile (ca. 1000,- DM pro Wohnraum)
Dieser Geschäftsanteil ist kündbar und wird bei Austritt aus der Genossenschaft in voller Höhe zurückbezahlt.

An diese Information wird die Erwartung geknüpft, daß sich jede Familie bzw. jeder Mieter Gedanken macht über die Zukunft seiner Wohnung und daß er seine Entscheidung dazu auf dem beiliegenden Rückmeldebogen kund tut.

Diesen Rückmeldebogen wollen Sie bitte bis spätestens 25.8.1992 an die Wohnungswirtschaft Maxhütte schicken. Sollte eine Mehrheit der Mieter Interesse an einer Genossenschafts-

lösung haben, werden wir ein Modellprojekt erarbeiten lassen, in dem die Ziele, Konditionen und Verfahrensweisen für eine Genossenschaftslösung dargelegt werden.

In diesem Zusammenhang wird es auch Informationsveranstaltungen geben!

Wir hoffen, daß Sie mit hohem Verantwortungsbewußtsein im Interesse der eigenen Wohnungssicherheit sich Ihre Meinung bilden und uns diese zum genannten Termin mitteilen. Höchst vorsorglich möchten wir auf folgendes hinweisen:
Voraussetzung für die Möglichkeit einer genossenschaftlichen Lösung ist, daß sich die Mehrheit unserer Mieter auf dem beigefügten Rückmeldebogen an dieser Lösung interessiert zeigt.

Sollten Sie Fragen haben, so wenden Sie sich bitte an den Leiter der Wohnungswirtschaft oder an den Betriebsrat der Maxhütte.

Griesel
Leiter Wohnungswirtschaft

(Der Rückmeldebogen, von dem im Artikel die Rede ist, wird Ihnen zugesandt und ist aus diesem Grunde hier **nicht** mit abgedruckt! /Red.)

ABM - Einstieg jetzt noch möglich !



1. Juli 1992 - für viele Mitarbeiter der Maxhütte Unterwellenborn GmbH der letzte Tag im Unternehmen. Manch einer hat in den letzten Wochen noch Urlaub genommen, für andere ist der 1. August der Start in den Urlaub. Dennoch - ab diesem Tag läuft die Zeit der Arbeitslosigkeit. Ein paar Wochen ausruhen mag ja ganz schön sein. Aber was dann.

Einige haben sich zwar rechtzeitig nach einer neuen Arbeit umgesehen und manche hatten auch Erfolg. Wenn nicht hier, dann in Bayern, Hessen oder einem anderen Land westlich der alten Grenze. Oft genug ist das dann aber mit einem Umzug dorthin verbunden und was machen diejenigen, die hier, in ihrer Heimatregion bleiben möchten? Das betrifft vor allem Leute um die 40, die bereits Familie haben, Wohnung, Freunde und Bekannte und das alles nicht aufgeben möchten.

Für ein Jahr gibt es das Arbeitslosengeld und dazu nach dem Sozialplan einen Nettolohnausgleich. Hinzu kommt, ebenfalls nach Sozialplan, die Abfindung. Zunächst ein nettes Stimmchen, das aber wie alles Geld die Angewohnheit hat, sich schneller zu verbrauchen, als man es erwartet. Und nach einem Jahr ist die Zeit, in der Arbeitslosengeld gezahlt wird, vorbei. Was dann?

Am 2. März wurde, gefördert von der Bundesanstalt für Arbeit, die kombinierte Groß-ABM in der Maxhütte gestartet. Für rund 400 Arbeitskräfte bietet sie ein Jahr lang Beschäftigung, kombiniert mit einer Umschulung oder Fortbildung, an die sich in den meisten Fällen im zweiten Jahr eine Vollzeitumschulung anschließt.

In der Zeit, in der während der ABM einer Arbeitstätigkeit nachgegangen wird, zahlt man Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und schafft somit zunächst einmal wieder neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld für den Fall, daß nach Beendigung der Umschulung nicht sofort die Übernahme in ein neues Arbeitsverhältnis möglich ist. Genauso wichtig jedoch ist, in dieser Zeit etwas für seine Weiterbildung zu tun. Von den an der Groß-ABM beteiligten fünf Bildungsträgern liegt ein umfangreicher Katalog mit Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten vor, der bereits auf die Erfordernisse eines neuen Arbeitsmarktes ausgerichtet ist. Also nicht Umschulung um jeden Preis, sondern als eine Option auf eine Zukunft in Berufen, die in wenigen Jahren dringend gebraucht werden. Man denke nur an die Pläne zum Neu- und Ausbau des Autobahn- und Straßennetzes in den neuen Bundesländern. Fragen des Recyclings von natürlichen Rohstoffen werden immer dringender, ebenso Fragen der Ver- und Entsorgung.

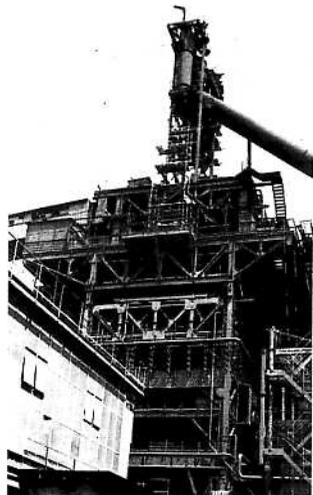
Betrachtet man beide Ausgangspunkte, nämlich die bereits hohe Zahl von Arbeitslosen in der Region einerseits und das Angebot an ABM-Stellen mit Bildungsangebot, so ist es fast unverständlich, daß noch etwa 100 Stellen in der Groß-ABM unbesetzt sind. Am 1. Juli begann die zweite Etappe der Groß-ABM, aber noch immer ist ein Einstieg möglich, da eine Reihe von Umschulungs- und Weiterbildungslehrgängen erst am 1. September beginnen.

Informieren Sie sich deshalb jetzt bei den verantwortlichen Mitarbeitern der

Groß-ABM! Sie finden sie im unteren Flügel des ehemaligen Lehrlingswohnheimes (zuletzt BMSR-Gebäude, gegenüber Datenverarbeitungszentrum). Nutzen Sie die Chance für Beschäftigung und Weiterbildung/Umschulung. Unternehmer stellen, auch das sollte man wissen, bevorzugt solche Mitarbeiter ein, die die Zeit der Arbeitslosigkeit entweder in ABM oder Umschulung waren. Auch in den Vollzeit-ABM (Gesellschaft Arbeit und Umwelt) stehen noch Arbeitsplätze zur Verfügung!

Wenn Sie nähere Auskünfte möchten, rufen Sie an:

**Maxhütte, 3607 Herr Wegener,
Maxhütte, 4377, Herr Götz.**



ABM-Abrißobjekt Hochofen III - notwendige Arbeit bei der Sanierung des Maxhüttengeländes

Der "MAX" und die Abrüstung

Zum Dichter **Kurt Bartel** (kurz Kuba genannt) mag man stehen, wie man will. Aber auch er war eine Zeit lang hier in unserer Maxhütte und half 1948/49 vor allem die Kultur im Werk aufzubauen. Von seinen Losungen, die überall an den Wänden oder auf Transparenten standen, ist "Hau ruck - oder hau ab!" diejenige, die die Zeit des Wiederaufbaus im Land und in der Hütte am deutlichsten charakterisierte. Als er dann Mitte '49, nicht ganz im Frieden mit der Maxhütte, wegging, schrieb er das Gedicht **"Hüttenwerk"**:

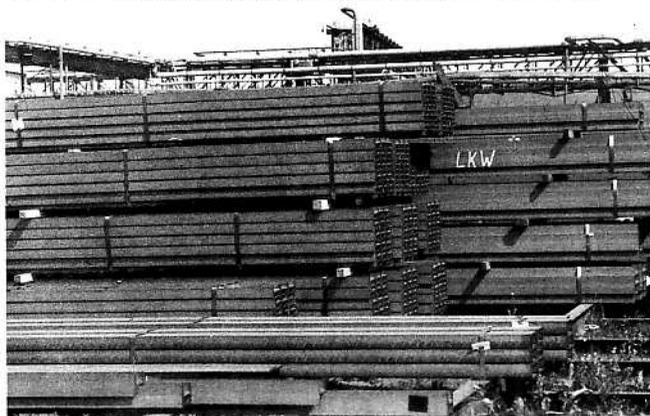
Fern von Schmerz und Zorn
wächst zu Glück und Leide:
Stahl und gold'nes Korn.
Schneide! Klinge, Schneide!
Was wird Weidenholz?
Körbe, oder Ruten -
nimmer soll am Stolz
unser Herz verbluten.
Nimmer soll am Stahl
sich das Blut verschwenden.
Hüttenwerk im Tal,
liegt in unsern Händen.
Liegt in uns'rer Hand,
Feuer, Erz und Schmiede,
Friede sei dem Land,
allen Ländern Friede...

Seit jenen Tagen ist viel geschehen: Kuba lebt nicht mehr, der Sozialismus (oder besser: was sich in Ostdeutschland so nannte) ist den Bach hinuntergegangen und nachdem sich die ehemalige Sowjetunion auflöste, ist die militärische Weltlage abgesehen von Krisenherden im Nahen Osten und auf dem Balkan wesentlich entspannter. Geblieben sind in den neuen Bundesländern Berge von Waffen. Wäre es nach Honecker, Mielke und den anderen alten Männern des greisen SED-Politbüros gegangen, wäre damit "der Sozialismus auf deutschem Boden gegen jeden äußeren und inneren Feind" verteidigt worden. NVA, Grenztruppen und die Kampfgruppen waren schließlich in diesem Sinne aufgebaut und ausgerüstet. Aber es kam anders, denn ein ganzes Volk hatte aufbegehrt. Nun sind die Kalaschnikows samt und sonders Schrott. Aber er gehört nicht auf den Müll (geschichtlich gesehen schon), denn dort könnte ihn sich so manch einer holen, der damit nur neues Unheil stiften könnte.

Was also lag näher, als den Waffenschrott einzuschmelzen. Und so kamen in den letzten Wochen vor Schließung des Hochofenwerkes mehrmals

riesige Lastzüge voller Waffenschrott. Von Bundesgrenzschutz bewacht und von Neugierigen am Rande beobachtet, wanderte er in die Loren der Schrottzwicke, fuhr mit dem Lift auf die Gicht und verschwand im Hochofen, um sich zwei Stunden später in weißglühendem Roheisen in die Pfannen zu ergießen. Wie Phönix aus der Asche, denn am Ende verließen die ehemals todbringenden Waffen die Maxhütte wieder in Form von Profilstahl. Und damit baut man Häuser und Brücken - auf jeden Fall Dinge des Friedens.

Selten habe ich jene Losung der Friedensbewegung, die in der DDR offiziell auf Transparenten oder Aufklebern verboten war, "Schwerter zu Pflugscharen" besser verwirklicht gefunden, als in den letzten Tagen unseres "MAX". Und damit erfüllten sich auch die Worte, die man zum Anblasen des Hochofen II 1946 feierlich sprach: "Du sollst dem Frieden dienen!"



Thüringer Bote.

Amtliches Organ der Stadt Gräfenthal.

27. Jahrgang und heftig dreimal: Dienstag und Donnerstag — Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark; durch die Post bezogen 1,25 Mark
 Einzelverkaufspreis: Abonnenten 6 Hfg., Nichtabonnenten 10 Hfg. pr. Hefte.

Nr. 123.

Sonntag, den 16. Oktober.

1880.

Eingebettet in zwei Meldungen über Majestätsbeleidigungen und die in diesem Zusammenhang verhängten Strafen, vermeldet der "Thüringer Bote" vom 16. Oktober 1880, daß man in "Wellenborn" Stahl herstellt...

Größtstledt, wurde auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/4 Jahr erkannt.

— Wie aus Pöfned gemeldet wird, ist in dem Eisenwerk bei Wellenborn jetzt der Versuch gemacht worden, auch Stahl zu fabriziren, welcher sehr gut gelungen sein soll.

— In Torgau wurde wegen zweifacher

— (Aufried
 Zeitschrift für
 Lehrerin Lou-
 sage: „Die L
 die verheiratet



Unsere Groß- und Urgroßväter? Hüttenwerker auf einem Bild von 1892



Die Maxhütte auf einer Aufnahme vermutlich aus dem Jahre 1948 oder 1949. Gut zu erkennen ist, daß noch alle 4 Hochöfen stehen, vor Ofen I drei Cowper sowie das Gebäude des alten Thomasstahlwerkes. (Fotos: Archiv der Fotostelle)

Wie bereits in der vergangene Ausgabe von "PROFIL" angekündigt, wird sich in Kürze ein "Verein zur Bewahrung und Aufarbeitung der Geschichte der Maxhütte - Maximilianhütte zu Unterwellenborn e.V." gründen. Wie dazu von Herrn Hubert Müller, Mitglied des Gemeinderates Unterwellenborn, zu erfahren war, haben sich eine Reihe von ehemaligen und jetzigen Mitarbeitern der Maxhütte gemeldet, die bereit sind, in diesem Verein mitzuwirken. Als Nächstes sind nun die gerichtliche Anmeldung und Eintragung in das Vereinsregister sowie die Gründungsversammlung vorgesehen. Die örtliche Presse wird zu gegebener Zeit weiter darüber informieren.

"PROFIL"

erscheint mit dieser Ausgabe zum letzten Mal.

Die Redaktion der Werkzeugung stellt damit nach 44 Jahren ihre Tätigkeit ein.

Nach der Teilung des Unternehmens in die "Stahlwerk Thüringen GmbH" und die Restgesellschaft Maxhütte GmbH sowie dem damit verbundenen Personalabbau ist ein Fortbestehen der Werkzeugung mit einer dann nur noch notwendigen Auflagenzahl von maximal 400 Exemplaren nicht mehr sinnvoll. Zudem gibt es für die Mitarbeiter im neuen Unternehmen künftig die "ARBED-NEWS".

Mit der Geschäftsführung der Restgesellschaft Maxhütte Unterwellenborn GmbH wurde vereinbart, daß, wenn notwendig, ein redaktionell erstelltes Mitteilungsblatt herausgegeben wird. Als verantwortlicher Redakteur, habe ich die Werkzeugung am 1. Oktober 1990 übernommen. Ich möchte mich auf diesem Wege bei der Geschäftsführung und beim Betriebsrat für die mir übertragene Arbeit bedanken, die mir viel Freude bereitet hat.

Allen Lesern der Werkzeugung ein herzliches "Dankeschön" für die jahrzehntelange Treue zu ihrer Zeitung und zum Abschied ein "Glück Auf".

Michael Goschütz